<i>Betreff</i> Satzung zur Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten

<i>Sachbearbeitendes Amt:</i> Amt für Tourismus, Schule und Kultur	<i>Datum</i> 05.04.2016
<i>Sachbearbeitung:</i> Janine Groth	
<i>Verantwortlich:</i> Frau Karnatz	
<i>Beteiligte Dienststellen:</i>	

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend und Soziales der Stadtvertretung	12.04.2016	Ö
Finanzausschuss der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten (Vorberatung)	14.04.2016	Ö
Ausschuss für Stadt- und Ortsteilentwicklung, Bau und Wirtschaft der	14.04.2016	Ö
Hauptausschuss der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten (Vorberatung)	20.04.2016	N
Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten (Entscheidung)	27.04.2016	Ö

Beschluss-Nr. RDG/BV/TA-16/235

Satzung zur Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten

Die Stadtvertretung beschließt die Satzung zur Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder:						
davon anwesend:		Ja-Stimmen:		Nein-Stimmen		Stimmenthaltungen:

Begründung:

Eine umfangreiche Tourismuswerbung ist für Kur- und Erholungsorte unverzichtbar. Aus kommunalverfassungsrechtlichen Haushaltsgrundsätzen der Einnahmenbeschaffung folgt, dass die Gemeinde zunächst Entgelte für die von ihr erbrachten Leistungen zu erheben hat, bevor die Finanzierung über Steuern oder Kredite in Frage kommt. Mit der Möglichkeit der Erhebung der Fremdenverkehrsabgabe (FVA) sollen die Gemeinden in die Lage versetzt werden, für ihre Aufwendungen zur Förderung des Tourismus einen Beitrag von denjenigen Personen zu erheben, die aus diesem einen wirtschaftlichen Nutzen ziehen.

Das Aufkommen aus der FVA ist zweckgebunden für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus, insbesondere für die Fremdenverkehrswerbung und die dadurch entstehenden Sach- und Personalkosten, zu verwenden und kommt daher dem Kreis der Abgabepflichtigen auch wieder zu gute.

Dieser Aufwand wurde für das Jahr 2016 erstmals kalkulatorisch ermittelt und beläuft sich auf ca. 90.000 EUR (siehe anliegende Kalkulation). Die Kalkulation und die sich daraus ergebenden Abgabesätze erfolgten zunächst für ein Jahr, weil keine Erfahrungen vorliegen und die im Jahr 2016 gewonnenen Erkenntnisse im nächsten Jahr als Grundlage für die Ermittlung der Abgabesätze Berücksichtigung finden sollen.

Für das Jahr 2016 ist neben Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in Form von Flyern, Broschüren, Anzeigen, redaktionellen Beiträgen in Magazinen, Gemeinschaftsanzeigen mit dem Tourismusverband Fischland-Darß-Zingst und dem Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal auch die Gestaltung eines neuen städtischen Internetauftritts geplant, der insbesondere Belange des Tourismus in den Focus rückt. Gemäß Hauptsatzung der Stadt Ribnitz-Damgarten werden in den folgenden Jahren die

über die FVA zu finanzierenden Maßnahmen im zuständigen Ausschuss für Stadt- und Ortsteilentwicklung, Bau und Wirtschaft vorberaten und bei Zustimmung durch die Stadtvertretung in die Haushaltsplanung eingestellt. Über den Tourismusstammtisch AG Ribnitz-Damgarten besteht die Möglichkeit für Unternehmen und interessierte Bürger, sich mit Ideen zur Tourismuswerbung konkret einzubringen. Damit ist gewährleistet, dass die Stadtvertreter und die betroffenen Abgabepflichtigen Einfluss auf die Verwendung nehmen können.

Von den berücksichtigungsfähigen Kosten der Fremdenverkehrswerbung wurde ein kommunaler Eigenanteil von 10 % eingestellt. Die in der Rechtsprechung teilweise anerkannten angemessenen 25 % als kommunaler Eigenanteil beinhalten vom Satzungsgeber berücksichtigte Kosten für Fremdenverkehrswerbung und touristische Infrastruktureinrichtungen. So liegt der Fall hier nicht. Kosten für die touristische Infrastruktur, die einen bedeutend höheren kommunalen Eigenanteil aufgrund der anteiligen Nutzung der vorgehaltenen Einrichtungen durch die Einwohner rechtfertigen, sollen gänzlich in die Kalkulation der zukünftig vom Gast zu zahlenden Kurabgabe aufgenommen werden. Daher wird ein kommunaler Eigenanteil von 10 % empfohlen.

Die Höhe der FVA soll generell den Vorteil, den die Abgabepflichtigen aus der öffentlichen Tourismuswerbung ziehen können, möglichst gerecht widerspiegeln.

Aus Gründen der Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei der Erhebung der FVA wurde zur Bemessung des fremdenverkehrsbedingten Vorteils auf den Realgrößenmaßstab, d. h. auf unternehmensspezifische Bemessungsgrößen, die einen Rückschluss auf den fremdenverkehrsbedingten wirtschaftlichen Vorteil zulassen, zurückgegriffen.

Da sich dieser Vorteil im Einzelfall aber wegen der Vielzahl und der Unterschiedlichkeit der vom Fremdenverkehr profitierenden Unternehmen im Erhebungsgebiet Ribnitz-Damgarten (ca. 780 Unternehmen in den Vorteilstufen 1 bis 3) nicht exakt bemessen lässt, funktioniert eine sachgerechte Verteilung der Abgabenlast nur mit Hilfe des Wahrscheinlichkeitsmaßstabes, der stets mit gewissen Toleranzen verbunden ist. In der Praxis ist die Festlegung von an den örtlichen Verhältnissen gemessenen, vorteilsgerechten Abgabemaßstäben daher abzuwägen. Dabei hat die Kommune einen weiten Ermessensspielraum.

Zur Ermittlung der Abgabesätze wurde daher wie folgt vorgegangen:

Zur Bestimmung des Abgabemaßstabes für die am stärksten vom Tourismus profitierenden Abgabepflichtigen wurden Vorteilseinheiten (Betten, Fahrräder, Boote) der Berechnung der Abgabe zugrunde gelegt (vgl. § 7 Abs. 2 der Satzung).

Für alle übrigen zu veranlagenden Abgabepflichtigen (vgl. § 7 Abs. 3 der Satzung) wurde zunächst die Einteilung in drei Vorteilstufen vorgenommen, je nachdem, ob diese einen geringen, mittleren oder starken Vorteil aus dem Fremdenverkehr ziehen. Innerhalb der Vorteilstufe erfolgte zum Zwecke der Beitragsgerechtigkeit die weitere Differenzierung nach Vorteilseinheiten (hier: Arbeitskräfte oder Sitzplätze). Die weitere Unterteilung der Abgabenhöhe innerhalb der Vorteilstufe erfolgte vor dem Hintergrund, dass unter Wahrscheinlichkeitsgesichtspunkten mit der Größe des Unternehmens auch die Gewinn- und Verdienstmöglichkeiten steigen.

In zwei Arbeitsgruppensitzungen mit Vertretern der Fraktionen der Stadtvertretung am 17.03.2016 und am 31.03.2016 wurde im Hinblick auf die Zuordnung der Unternehmen in die Vorteilstufen sowie die weitere Differenzierung der Abgabesätze innerhalb der Stufen 1 bis 3 weitgehend Konsens erzielt.

Mit der nunmehr vorliegenden Fassung der Abgabesatzung werden insgesamt 18 verschiedene Abgabesätze gebildet, um eine möglichst gerechte Heranziehung der Abgabepflichtigen zu erreichen.

Da die FVA durch die vorliegende Satzung eingeführt wird und die unternehmensbezogenen Daten erst nach Inkrafttreten der Satzung erhoben werden können, erfolgt die Kalkulation zunächst für ein Jahr. Über- und Unterdeckungen sind dann im nächsten Kalkulationszeitraum auszugleichen. Sollte das Beitragsvolumen also höher als erwartet ausfallen, wird dies bei der nächsten Kalkulation berücksichtigt.

Satzung

zur Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg- Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777) i. V. m. §§ 1, 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V 2005, S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V, S. 777, 833) wird nach Beschlussfassung der Stadtvertretung der Stadt Ribnitz-Damgarten vom 27. April 2016 folgende Satzung erlassen:

§ 1

Gegenstand der Abgabe

- (1) Die Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten ist für das Erhebungsgebiet gemäß § 2 dieser Satzung als Erholungsort nach dem Kurortgesetz Mecklenburg-Vorpommern anerkannt.
- (2) Für Zwecke der Fremdenverkehrswerbung werden von Personen und Personenvereinigungen, denen durch den Fremdenverkehr im Erhebungsgebiet Vorteile geboten werden, laufende Fremdenverkehrsabgaben erhoben.

§ 2

Erhebungsgebiet

Das Erhebungsgebiet erstreckt sich auf die Stadtteile Ribnitz und Damgarten und die Ortsteile Langendamm, Klockenhagen, Körkwitz, Hirschburg, Neuheide und Neuhof.

§ 3

Entstehungszeitraum, Entstehen und Fälligkeit der Abgabe

- (1) Die Fremdenverkehrsabgabe wird für das Kalenderjahr erhoben, in dem die Voraussetzungen des § 4 vorliegen.
- (2) Die Abgabepflicht entsteht mit Beginn des Kalenderjahres für das die Abgabe erhoben wird, frühestens jedoch mit Aufnahme der abgabepflichtigen Tätigkeit. Für das Erhebungsjahr 2016 entsteht die Abgabepflicht abweichend mit Inkrafttreten dieser Satzung in Höhe von 7/12 der Abgabe, die für das gesamte Jahr zu entrichten wäre. Liegt der Beginn der abgabepflichtigen Tätigkeit nach dem 01.08. eines Jahres, kann die Jahresabgabe auf Antrag um 50 von Hundert ermäßigt werden.
- (3) Die Heranziehung erfolgt durch schriftlichen Bescheid durch die Bernsteinstadt Ribnitz-Damgarten. Die Abgabe ist einen Monat nach Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.

§ 4

Abgabepflichtiger Personenkreis

- (1) Abgabepflichtig sind alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen, denen im Erhebungsgebiet durch den Fremdenverkehr mittelbare oder unmittelbare Vorteile geboten werden.
- (2) Die Abgabepflichtigen sind im Einzelnen in der Anlage aufgeführt.

(3) Abgabepflichtig sind auch natürliche und juristische Personen sowie Personenvereinigungen, die, ohne im Erhebungsgebiet ihren Wohnsitz bzw. ständigen Aufenthalt oder ihren Betriebssitz zu haben, vorübergehend oder auch dauernd im Erhebungsgebiet eine Betriebsstätte unterhalten oder ein Gewerbe ausüben.

§ 5 **Befreiung von der Abgabepflicht**

Von der Abgabe befreit sind die Körperschaften des öffentlichen Rechts und die Stiftungen, Anstalten, Einrichtungen, Unternehmen und Personenvereinigungen, die nach ihrer Satzung oder nach ihrer tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen und als gemeinnützig anerkannt sind, es sei denn, dass sie mit anderen Unternehmen im Wettbewerb stehen.

§ 6 **Haftung**

- (1) Sind mehrere Personen Betriebsinhaber, so haften sie als Gesamtschuldner.
- (2) Wird das Unternehmen für Rechnung einer juristischen Person von einem Vertreter oder Beauftragten ausgeübt, so ist dieser neben dem Betriebsinhaber Gesamtschuldner.
- (3) Der Verpächter und Vermieter eines Betriebes haftet für die Abgabe.

§ 7 **Abgabemaßstab**

- (1) Die Abgabe bemisst sich nach dem Vorteil, der aus dem Fremdenverkehr im Erhebungsgebiet nach den Verhältnissen am 1. Juli des laufenden Jahres entsteht.
- (2) Der Vorteil im zu veranlagenden Einzelfall wird nach folgenden Vorteilseinheiten bemessen:
 1. bei Beherbergungsbetrieben und Zimmervermietern nach der Anzahl der vorhandenen Fremdenverkehrsbetten
 2. bei Fahrradvermietern nach der Anzahl der vorhandenen Räder
 3. bei Bootsvermietern nach der Anzahl der vorhandenen Boote.
- (3) Bei allen übrigen zu veranlagenden Abgabepflichtigen wird die Abgabe nach Vorteilsstufen und Vorteilseinheiten (z.B. Arbeitskräfte oder Sitzplätze) erhoben.
- (4) Zur Bemessung der Abgabe für Personen und Unternehmen nach Abs. 3 werden folgende 3 Vorteilsstufen gebildet (siehe Anlage):
 1. Vorteilsstufe 1 (geringer Vorteil): Abgabepflichtige, deren Angebote nicht auf den Tourismus ausgerichtet sind, die aber mittelbar (z. B. durch Geschäftsbeziehungen zu den unmittelbar bevorteilten Abgabepflichtigen) Vorteile erlangen können.
 2. Vorteilsstufe 2 (mittlerer Vorteil): Abgabepflichtige, deren Angebote grundsätzlich nicht auf den Tourismus ausgerichtet sind, die aber mittelbar (z. B. durch regelmäßige Geschäftsbeziehungen zu den unmittelbar bevorteilten Abgabepflichtigen) und auch durch gelegentliche direkte Geschäftsbeziehungen zu Touristen Vorteile erlangen können.

3. Vorteilsstufe 3 (starker Vorteil): Abgabepflichtige, deren Angebote nicht ausschließlich auf den Tourismus ausgerichtet sind, die aber unmittelbare Vorteile erlangen können, weil sie häufig (wenn auch nicht ausschließlich) direkte Geschäftsbeziehungen zu Touristen bzw. den unmittelbar bevorteilten Abgabepflichtigen unterhalten.

(5) Zur Abgabeberechnung werden innerhalb der Vorteilsstufen Abgabemaßstäbe entsprechend der Arbeitskräfte oder Sitzplätze im Unternehmen gebildet, mit denen die unterschiedlichen Vorteile bei den Abgabepflichtigen vergleichbar gemacht werden.

(6) Die verschiedenen Bemessungsmaßstäbe für Abgabepflichtige in den Vorteilsstufen 1 bis 3 gliedern sich wie folgt:

a) Vorteilsstufe 1

bis zu 1 Arbeitskraft	Stufe 1.1
bis zu 3 Arbeitskräfte	Stufe 1.2
bis zu 10 Arbeitskräfte	Stufe 1.3
bis zu 40 Arbeitskräfte	Stufe 1.4
über 40 Arbeitskräfte	Stufe 1.5

b) Vorteilsstufe 2

bis zu 1 Arbeitskraft	Stufe 2.1
bis zu 3 Arbeitskräfte	Stufe 2.2
bis zu 10 Arbeitskräfte	Stufe 2.3
bis zu 40 Arbeitskräfte	Stufe 2.4
über 40 Arbeitskräfte	Stufe 2.5

c) Vorteilsstufe 3

bis zu 1 Arbeitskraft oder 10 Sitzplätze	Stufe 3.1
bis zu 3 Arbeitskräfte oder 30 Sitzplätze	Stufe 3.2
bis zu 10 Arbeitskräfte oder 60 Sitzplätze	Stufe 3.3
bis zu 40 Arbeitskräfte oder 150 Sitzplätze	Stufe 3.4
über 40 Arbeitskräfte oder 150 Sitzplätze	Stufe 3.5

(7) Als Arbeitskraft gelten alle Arbeitnehmer sowie tätige Betriebsinhaber und Geschäftsführer, mitarbeitende Familienangehörige, die in einem Arbeitsverhältnis zum Betriebsinhaber stehen und die freiberuflich Tätigen. Nichtarbeitnehmer im Sinne dieser Satzung sind Personen, die sich in der Ausbildung befinden. Bei der Einstufung werden teilzeitbeschäftigte Arbeitskräfte, deren Wochenarbeitszeit unter 20, aber über 5 Stunden liegt als halbe Arbeitskraft gezählt. Die Anzahl der vollen und halben Arbeitskräfte wird addiert und auf die nächste volle Zahl aufgerundet. Handelt es sich bei dem Betrieb um eine nebenberufliche Tätigkeit, die nur von einer Person ausgeführt wird, deren wöchentliche Arbeitszeit unter 5 Stunden liegt, entfällt die Abgabepflicht.

(8) Zieht ein Abgabepflichtiger aus mehreren Betrieben oder Tätigkeiten Vorteile, so ist die Abgabe für jeden Betrieb bzw. jede Tätigkeit gesondert zu entrichten.

§ 8 **Abgabesatz**

(1) Die Abgabe wird als Jahresabgabe erhoben. Die Abgabe entsteht unabhängig von der ganzjährigen Nutzungsmöglichkeit.

(2) Die Jahresabgabe beträgt:	
a) in den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 1	8,00 €/Bett
b) in den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 2	3,00 €/Fahrrad
c) in den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 3	3,00 €/Boot
d) im Übrigen in	
Stufe 1.1	10,00 €
Stufe 1.2	20,00 €
Stufe 1.3	40,00 €
Stufe 1.4	60,00 €
Stufe 1.5	120,00 €
Stufe 2.1	50,00 €
Stufe 2.2	90,00 €
Stufe 2.3	120,00 €
Stufe 2.4	150,00 €
Stufe 2.5	300,00 €
Stufe 3.1	110,00 €
Stufe 3.2	160,00 €
Stufe 3.3	200,00 €
Stufe 3.4	240,00 €
Stufe 3.5	480,00 €

§ 9

Anzeige- und Auskunftspflicht

(1) Die Abgabepflichtigen sowie ihre Vertreter haben bis zum 01.08. des laufenden Kalenderjahres, die zur Berechnung der Abgabe erforderlichen Daten mit Stand vom 01.07. des laufenden Kalenderjahres unaufgefordert mitzuteilen. Bei der Neuaufnahme einer abgabepflichtigen Tätigkeit im Sinne dieser Satzung besteht die Mitteilungspflicht der Abgabepflichtigen sowie ihrer Vertreter spätestens 4 Wochen nach Beginn der Tätigkeit. Die Heranziehung erfolgt auf Grundlage der vorhandenen Angaben. Sofern bis zum 01.08. keine Änderung oder Ergänzung der vorherigen Angaben seitens des Abgabepflichtigen erfolgt, werden die bisherigen Angaben der Heranziehung zu Grunde gelegt.

(2) Kommt der Abgabepflichtige seiner Mitwirkungspflicht trotz Aufforderung nicht nach oder besteht der Verdacht, dass die Angaben unrichtig oder unvollständig sind, ist die Stadt Ribnitz-Damgarten befugt an Ort und Stelle zu ermitteln oder die Berechnungsgrundlagen zu schätzen.

§ 10

Datenverarbeitung

(1) Die Stadt Ribnitz-Damgarten ist befugt, auf Grundlage der Angaben der Abgabepflichtigen und von im Zuge der Abgabenerhebung anfallenden Daten ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden, weiterzuverarbeiten und zu speichern.

(2) Die Stadt Ribnitz-Damgarten ist befugt, zur Durchführung der Abgabenerhebung Daten aus folgenden Unterlagen zu verwenden, soweit sie zur Aufgabenerfüllung nach dieser Satzung erforderlich sind:
- Gewerbeanmeldungen, -ummeldungen, -abmeldungen und Meldeauskünfte.

Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen Daten, die zur Kurabgabenerhebung vorhanden sind zulässig. Diese Daten dürfen von den zuständigen Stellen übermittelt und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung nach Maßgabe der Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes M-V weiter verarbeitet werden.

§ 11
Ordnungswidrigkeiten

(1) Wer entgegen § 9 Abs. 1 dieser Satzung die Aufnahme der abgabepflichtigen Tätigkeit nicht anzeigt oder auf Aufforderung die erforderlichen Angaben zur Berechnung der Abgabe nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig mitteilt und es dadurch ermöglicht Abgaben nach dieser Satzung zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen begeht eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 17 des Kommunalabgabengesetzes (KAG). Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 € geahndet werden.

(2) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr.1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Bürgermeister der Stadt Ribnitz-Damgarten.

§ 12
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ribnitz-Damgarten,

Frank Ilchmann
Bürgermeister

(Siegel)

- Haushaltswaren-Einzelhandel	Arbeitskräften
- Imbisse ohne Sitzplätze	Arbeitskräften
- Inhaber von Pferdeställen mit Boxenvermietung (Pferdestellplätze), Reitstall	Arbeitskräften
- Kaffee- und Teeläden, Teeversand	Arbeitskräften
- Kegel- und Bowlingbahnen	Arbeitskräften
- Lederwaren-Einzelhandel	Arbeitskräften
- Minigolfplätze, Golfanlagen	Arbeitskräften
- Personenbeförderung	Arbeitskräften
- Schmuck- und Uhren-, Edelstein-Einzelhandel, Goldschmieden	Arbeitskräften
- Schuh-Einzelhandel (auch Einzelanfertigung und Reparatur)	Arbeitskräften
- Schwimmbäder, Spaßbäder	Arbeitskräften
- Tankstellen, Autowaschanlagen, KFZ-Pflegedienst	Arbeitskräften
- Textil-Einzelhandel, Bekleidung	Arbeitskräften
- Vermittler von Ferienwohnungen	Arbeitskräften
- Wasserski-Anlagen	Arbeitskräften
- Zeitungen, Zeitschriften, Lotto, Tabakwaren	Arbeitskräften

Kalkulation Fremdenverkehrsabgabe

Kalkulation Fremdenverkehrsabgabe					
Kosten von 99.132,02 € berechnen sich wie folgt:					
Öffentlichkeitsarbeit/ Werbung: (laut HH-Plan 2016)					
			Haushaltsstelle		
Anzeigen	14.000,00 €	1-57503-02 Tourismusförderung/ 563600 Öffentlichkeitsarbeit/Werbung			
Printprodukte, Gemeinschaftsanzeigen TV FDZ, TV M-V, Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal	16.000,00 €	1-57503-02 Tourismusförderung/ 563600 Öffentlichkeitsarbeit/Werbung			
Öffentlichkeitsarbeit Infozentrum Wald & Moor	800,00 €	1-55501-05 Inforzentrum, Naturpfad/ 563600 Öffentlichkeitsarbeit			
Überarbeitung Internetauftritt	10.000,00 €	1-57503-02 Tourismusförderung/ 563900 Sachaufwendungen für Umsetzung Tourismuskonzept			
Personalkosten Tourismusmarketing	51.278,87 €				
Mitgliedsbeiträge (Europä. Route Backsteingotik, Bäderverband M-V, TV FDZ, Museumsverein Klockenhagen, Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal)	7.053,15 €	1-57503-02 Tourismusförderung/ 564200 Berufsvertretungen und Vereinen - Mitgliedsbeitrag			
	99.132,02 €				
minus kommunaler Eigenanteil	10%				
verbleibende Kosten	90.120,02 €				

Kosten gesamt	90.120,02 €				
Kosten minus Bett, Fahrrad, Boot	84.470,02 €				
	Anzahl	Kosten einzeln	Gesamtkosten		
Bett	650	8,00 €	5.200,00 €		
Fahrrad	100	3,00 €	300,00 €		
Boot	50	3,00 €	150,00 €		
Stufe	Vorteil	Anzahl der UN*	Äquivalent	Kosten pro UN*	Einnahmen pro Stufe
Stufe 1	15%	303	45,45	39,81 €	12.061,46 €
Stufe 2	45%	283	127,35	119,42 €	33.795,97 €
Stufe 3	75%	194	145,50	199,03 €	38.612,59 €
		Gesamtäquivalent	318,30		
		Kosten pro Äquivalent	265,38 €	Kosten 84.470,02 € geteilt durch Gesamtäquivalent	
Ermittlung des Abgabesatzes					
Durchschnittswert der Stufe	Stufe 1 = 39,81 €	Stufe 2 = 119,42 €	Stufe 3 = 199,03 €		
	Stufe 1.1 = 10 €	Stufe 2.1 = 50 €	Stufe 3.1 = 110 €		
	Stufe 1.2 = 20 €	Stufe 2.2 = 90 €	Stufe 3.2 = 160 €		
	Stufe 1.3 = 40 €	Stufe 2.3 = 120 €	Stufe 3.3 = 200 €		
	Stufe 1.4 = 60 €	Stufe 2.4 = 150 €	Stufe 3.4 = 240 €		
	Stufe 1.5 = 120 €	Stufe 2.5 = 300 €	Stufe 3.5 = 480 €		
Ermittlung des Abgabesatzes (7/12)					
Durchschnittswert der Stufe	Stufe 1 = 23,22 €	Stufe 2 = 69,66 €	Stufe 3 = 116,10 €		
	Stufe 1.1 = 5,83 €	Stufe 2.1 = 29,17 €	Stufe 3.1 = 64,17 €		
	Stufe 1.2 = 11,67 €	Stufe 2.2 = 52,50 €	Stufe 3.2 = 93,33 €		
	Stufe 1.3 = 23,33 €	Stufe 2.3 = 70,00 €	Stufe 3.3 = 116,67 €		
	Stufe 1.4 = 35,00 €	Stufe 2.4 = 87,50 €	Stufe 3.4 = 140,00 €		
	Stufe 1.5 = 70,00 €	Stufe 2.5 = 175,00 €	Stufe 3.5 = 280,00 €		
*UN = Unternehmen					

Beispiele für Abgabemaßstäbe und Abgabesätze für Unternehmen

Unternehmen	Abgabemaßstab	Berechnungsgrundlage	Abgabesatz	Abgabesatz 2016
Restaurant "Akropolis"	110 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Restaurant "Boddenblick"	30 Sitzplätze	Stufe 3.2 = bis 30 Sitzplätze	Stufe 3.2 = 160 €	93,33 €
Restaurant "Meeresbuffet"	92 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Restaurant "Paganini"	95 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Restaurant "Sportpalast"	48 Sitzplätze	Stufe 3.3 = bis 60 Sitzplätze	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Restaurant "Wilhelmshof"	68 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Restaurant zum Fischland	145 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Gaststätte "Up dei Däl"	90 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Freilichtmuseum	59 Sitzplätze	Stufe 3.3 = bis 60 Sitzplätze	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Terassen-Café	90 Sitzplätze	Stufe 3.4 = bis 150 Sitzplätze	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
The Diner (ehemals Caribaltic)	26 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = bis 40 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Bodden-Therme	26 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = bis 40 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Schaumanufaktur	26 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = bis 40 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Infozentrum Wald & Moor	5 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = bis 10 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Pferdeferien Hirschburg	104 Betten	8 € pro Bett	8 € pro Bett = 832 €	485,33 €
Hotel "Perle am Bodden"	28 Betten	8 € pro Bett	8 € pro Bett = 224 €	130,67 €
Pension Kai	10 Betten	8 € pro Bett	8 € pro Bett = 80 €	46,67 €
Jugendherberge	64 Betten	8 € pro Bett	8 € pro Bett = 512 €	298,67 €
Apotheke am Bodden	13 + 2 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = bis 40 Arbeitskräfte	Stufe 3.4 = 240 €	140,00 €
Recknitz-Apotheke	6 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = bis 10 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Linden-Apotheke	9 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = bis 10 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Krankenhaus	ca. 400 Arbeitskräfte	Stufe 2.5 = über 40 Arbeitskräfte	Stufe 2.5 = 300 €	175,00 €
Reisebüro Greve	2 Arbeitskräfte	Stufe 2.2 = bis 3 Arbeitskräfte	Stufe 2.2 = 90 €	52,50 €
Berndt´s Fahrschule	1 Arbeitskraft	Stufe 1.1 = bis 1 Arbeitskraft	Stufe 1.1 = 10 €	5,83 €
Taxi Pagels	4 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = bis 10 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Kerstins Bioladen	5 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = bis 10 Arbeitskräfte	Stufe 3.3 = 200 €	116,67 €
Boddenland GmbH	43 Arbeitskräfte	Stufe 1.5 = über 40 Arbeitskräfte	Stufe 1.5 = 120 €	70,00 €
Stadtwerke Ribnitz	11 Arbeitskräfte	Stufe 1.4 = bis 40 Arbeitskräfte	Stufe 1.4 = 60 €	35,00 €
Dr. med. Silke Altmann	7 Arbeitskräfte	Stufe 2.3 = bis 10 Arbeitskräfte	Stufe 2.3 = 120 €	70,00 €
Fahrradverleih Heß	ca. 50 Räder	3 € pro Rad	3 € pro Rad = 150 €	87,50 €

Bedenken/Anregungen und Lösungsvorschläge bzw. Ergebnisse aus den Beratungen zur Fremdenverkehrsabgabe am 17.03.2016 und am 31.03.2016

Teilnehmer 17.03.2016: Herr Ilchmann, Frau Karnatz, Frau Görlich, Frau Falkert, Frau Wippermann, Frau Lesche-Panizza, Herr Huth, Herr Kreitlow, Herr Stadtaus

Vertreter der Gewerbe 17.03.2016: Herr Kaminski, Herr Zinn, Herr Stroh, Herr Tredop

Teilnehmer 31.03.2016: Herr Ilchmann, Frau Karnatz, Frau Görlich, Frau Falkert, Frau Wippermann, Frau Lesche-Panizza, Herr Leipold, Herr Schacht, Herr Stadtaus

Bedenken/Anregungen	Lösungsvorschlag Stadtverwaltung/Ergebnis aus der Arbeitsgruppe am 17.03.2016	Akzeptanz Arbeitsgruppe 31.03.2016	Rückäußerungen der Mitglieder der AG 05.04.2016
1. Überprüfung der Einteilung der abgabepflichtigen Unternehmen in die Vorteilsstufen	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüfung anhand der in der Satzung festgelegten Kriterien ➔ Ergebnis: Rechtsanwälte und Schneidereien in Vorteilsstufe 1 eingeordnet - keine anderweitigen Vorschläge für die Einteilung - grundsätzlich wird die Einteilung in die Stufen nachvollzogen 	erfolgt	keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert
2. weitere Differenzierung der Abgabesätze innerhalb der Vorteilsstufen → Ziel ist die gerechtere Heranziehung der größeren Unternehmen und die Beachtung von Einmannbetrieben 2.1 Abgabesätze 3 € pro Fahrrad zu hoch	<ul style="list-style-type: none"> - Festlegung von zwei weiteren Abgabesätzen innerhalb der Vorteilsstufen ➔ Differenzierung bis 1 Arbeitskraft/ 10 Sitzplätze und über 40 Arbeitskräften/ 150 Sitzplätze ➔ jede Vorteilsstufe enthält 5 Abgabesätze 2.1. <ul style="list-style-type: none"> - aus Sicht der Verwaltung ist der Abgabesatz gerechtfertigt, da ein Fahrradverleih bei Touristen stark nachgefragt sind - Abgabepflichtiger profitiert zu 100 % vom Tourismus - Abgabesatz für ein Fahrrad pro Jahr liegt deutlich unterhalb des Tagesmietsatzes für ein Fahrrad - monatliche Belastung bei 50 Fahrrädern liegt bei 12,50 € 	erfolgt	keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert - eine Äußerung von der Fraktion Die Unabhängigen, diese fordert weiterhin geringeren Abgabesatz - keine Rückäußerung der anderen Fraktionen

<p>3. weitere Differenzierung der Definition für Arbeitskräfte</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Änderung § 7 Abs. 7 der Satzung ➔ Arbeitskräfte bis 5 Arbeitsstunden pro Woche bleiben unberücksichtigt - weitere Differenzierung aus Sicht der Verwaltung nicht sachgerecht, der Verwaltungsaufwand für die Erhebung steigt - keine weitere Differenzierung für geringfügig Beschäftigte in anderen FVA-Satzungen 	<p>erfolgt</p>	<ul style="list-style-type: none"> - keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert - Frau Falkert hat ihre Bedenken zurückgestellt und akzeptiert die Regelung
<p>4. kapazitäts- oder gewinnbezogene Berechnung der FVA</p>	<ul style="list-style-type: none"> - eine kapazitätsbezogene Abgabenerhebung (auf Grundlage der Arbeitskräfte und Sitzplätze) erfolgte vor dem Hintergrund des Verwaltungsaufwandes - eine gewinnbezogene Berechnung ist aufgrund jährlicher Veränderungen mittelfristig aufwändiger in der Erhebung 	<p>erfolgt</p>	<p>keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert</p>
<p>5. Kopplung der Fremdenverkehrsabgabe an die Bemessungsgrundlage/ Zahlungspflicht für Gewerbesteuer bzw. Kopplung an bestimmte Einkommensgrenzen (Steuerpflichtiges Jahreseinkommen 1.500 € brutto x 12 Monate = 18.000 €, für Verheiratete 24.000 €)</p> <p>soziale Ermäßigungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - gewünschte Änderung ist durch Prüfung der vorliegenden Rechtsprechung und durch Anfrage bei der Kommunalaufsicht des Landkreises VR geprüft und als unzulässig eingestuft - Verstoß gegen das Gleichheitsgebot (FVA-pflicht als Gegenleistung für Fremdenverkehrswerbung durch die Kommune) - siehe VGH Baden-Württemberg vom 06.11.2008 2 S 669/07 - gefestigte Rechtsprechung: Das Entstehen von Vorteilen aus dem Fremdenverkehr wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass ein Unternehmer tatsächlich keine Gewinne erzielt oder sogar Verluste macht. Eine kommunale Fremdenverkehrsabgabensatzung ist nichtig, wenn sie eine Reihe von natürlichen und juristischen Personen nicht beitragspflichtig erklärt, von denen aber feststeht, dass ihnen ebenfalls besondere wirtschaftliche Vorteile aus dem Fremdenverkehr erwachsen deren Maß sich von den fremdenverkehrsbedingten Vorteilen beitragspflichtiger Personen nicht unterscheidet - FVA-Bescheide unter Berufung auf ein negatives 	<p>- erfolgt</p> <p>-Ergänzender Prüfungswunsch in der Beratung zur Aufnahme einer Abgabenbefreiung gemäß § 7 der Muster-satzung vom Landes-Tourismus-Verband Sachsen, Prüfung durch die</p>	<ul style="list-style-type: none"> - eine Äußerung von der Fraktion SPD/GRÜNE Befreiungstatbestände für Start-up Unternehmen - Prüfung durch die Verwaltung, laut § 11 Abs. 5 KAG M-V sind teilweise und vollständige Befreiungen von der FVA-pflicht nicht zulässig, siehe auch Stellungnahmen der Kommunalaufsicht vom 31.03.2016 und 05.04.2016 - Vorschlag daher nicht

	<p>Betriebsergebnis im Einzelfall anzufechten scheitert regelmäßig am Hinweis der Gerichte darauf, dass „gebotene“ Vorteile bzw. Verdienstmöglichkeiten aus dem Fremdenverkehr unabhängig vom tatsächlich erwirtschafteten Betriebsergebnis des einzelnen Unternehmens bestehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neben den rechtlichen Bedenken erhöht sich mit einer solchen Kopplung auch der Verwaltungsaufwand/ Aufwand-Nutzen-Relation verschiebt sich wesentlich! - von ca. 2/3 der Unternehmen würden durch Abgleich mit der Steuerabteilung die „Befreiung“ festgestellt - zudem schwanken die Steuerzahlungen erheblich pro Jahr! - Mindereinnahmen aus dieser Befreiung dürften nicht den übrigen Abgabepflichtigen auferlegt werden 	<p>Verwaltung durch Anfrage an die Kommunal-aufsicht des Landkreises VR erfolgt - <u>Ergebnis:</u> gewünschte Regelung nach KAG M-V unzulässig</p>	<p>umsetzbar</p>
<p>6. Kommunalen Eigenanteil von 10 %, in der Regel 25 % angemessen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - grundsätzlich Ermessensentscheidung der Stadtvertretung ➔ Begründung der Verwaltung: 10 % angemessen, da <ul style="list-style-type: none"> a. Nicht alle berücksichtigungsfähigen Kosten in die Kalkulation eingeflossen sind (ausschließlich Kosten der Fremdenverkehrswerbung angesetzt) b. Die Fremdenverkehrswerbung fast ausschließlich den Abgabepflichtigen und in sehr geringem Umfang den Einheimischen zu Gute kommt 	<p>erfolgt</p>	<p>keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert</p>
<p>7. Heranziehung zur Abgabepflicht außerhalb des Erhebungsgebietes (staatlich anerkannter Erholungsort)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - keine Änderung möglich, da bereits der Wortlaut des Gesetzes an die staatlich anerkannten Ortsteile anknüpft 	<p>erfolgt</p>	<p>keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert</p>
<p>8. Kalkulation</p> <p>8.1. Finanzierung von zusätzlichen Leistungen für Fremdenverkehrswerbung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung der Personalkosten der Verwaltung ➔ in den Personalkosten sind 100 % der Aufwendungen der Stelle „Tourismusmarketing“ einschließlich der sogenannten Overheadkosten (10 % Amtsleitung) einkalkuliert 8.1. - die vorliegende Kalkulation berücksichtigt die Aufwendungen der Stadt für die Fremdenverkehrswerbung, die im Haushaltsplan 2016 beschlossen sind 	<ul style="list-style-type: none"> - nach Diskussion für 2016 erfolgt - für 2017 wird die Verwendung 	<ul style="list-style-type: none"> - Äußerungen der Fraktionen SPD/GRÜNE, Die Unabhängigen und CDU/FDP - <u>Forderung:</u> bisher aus dem HH der Stadt finanzierte

	<ul style="list-style-type: none"> - für 2016 ist insbesondere die Überarbeitung des Internetauftrittes als zusätzliche Maßnahme vorgesehen - ab 2017 sind weitere Projekte geplant, die ggf. über den Tourismusstammtisch AG Ribnitz-Damgarten entwickelt und geplant werden, deren Finanzierung über die FVA gesichert wird - die Kalkulation 2017 unterliegt gemäß § 5 KV M-V in Verbindung mit § 22 Abs. 2 Punkt 6 KV M-V der Beschlussfassung der Stadtvertretung, d.h. Mitwirkung ist zwingend erforderlich - Selbstbindung der Verwaltung ist nicht zweckmäßig, da der Erlass von Satzungen kein Geschäft der laufenden Verwaltung ist und ein Vorgriff auf die Haushaltsplanung 2017 nicht zulässig ist 	des überwiegenden Anteils der Einnahmen aus der FVA für zusätzliche Werbemaßnahmen gefordert	Marketingmaßnahmen sollen nicht durch FVA finanziert werden, Abgabe soll für zusätzliche neue Maßnahmen verwendet werden - Selbstbindungsbeschluss der Verwaltung zur Kalkulation und Verwendung der Abgabe für 2017 bereits jetzt gefordert
9. Hoher Verwaltungsaufwand für die Erhebung der Fremdenverkehrsabgabe	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Vorgehen:</u> nach Beschlussfassung in der Stadtvertreterversammlung werden allen abgabepflichtigen Personen Erhebungsbögen zugesandt, mit der Bitte die Bemessungsgrundlagen mitzuteilen - bei nicht fristgerechtem Rücklauf erfolgt zunächst eine Mahnung - sollte diese erfolglos sein, wird der Abgabesatz geschätzt - die Bescheid Erteilung erfolgt durch das Finanzverwaltungsamt, SG Steuern/Versicherungen ➔ die jährlich entstehenden Verwaltungskosten für die Erhebung werden mit ca. 12.000 bis 15.000 € geschätzt - der Anspruch der Verwaltung zum Erlass der Satzung ist es Regelungen zu schaffen, die in der Rechtsanwendung klar sind und einen vertretbaren Verwaltungsaufwand nach sich ziehen 	erfolgt	keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert
10. Unterteilung in Tarifzonen, je nach Lage des Unternehmens	<ul style="list-style-type: none"> - aus Sicht der Verwaltung nicht umsetzbar, da der Verwaltungsaufwand stark ansteigen würde, in Kalkulation derzeit nicht darstellbar - die Fremdenverkehrswerbung erfolgt weder branchenbezogen, noch auf bestimmte Ortslagen beschränkt, so dass eine weitere 	erfolgt	keine Äußerung, das Ergebnis der AG ist somit akzeptiert

	Differenzierung nicht geboten ist		
--	-----------------------------------	--	--

Weitere Äußerungen zur Satzung nach den Beratungen der Arbeitsgruppe

<p>1. <u>gewünschte Änderung durch Fraktion SPD/GRÜNE am 05.04.2016</u>: in §3 Abs. 2 die weitere Verminderung der Abgabepflicht bei Beginn der abgabepflichtigen Tätigkeit im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres aufzunehmen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - gegenwärtiger Satzungsentwurf lautet „Liegt der Beginn der Abgabepflichtigen Tätigkeit nach dem 01.08. eines Jahres so kann die Abgabe auf Antrag um 50 von Hundert vermindert werden.“ - bei genereller Reduzierung der Abgabepflicht bei Aufnahme der abgabepflichtigen Tätigkeit im zweiten Halbjahr um 1/12 pro Monat entsteht ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand 	<p>kein Bestandteil der Tagesordnungen am 17.03.2016 und 31.03.2016</p>	<p>keine Äußerung von den anderen Fraktionen</p>
<p>2. <u>Äußerung der Fraktion DIE LINKE am 06.04.2016</u>: Grundsätzliche Zustimmung zur Einführung der Fremdenverkehrsabgabe, allerdings sollte die Mittelverwendung jedes Jahr neu entschieden werden</p>			
<p>3. <u>Äußerung von Frau Falkert (Bürgerbündnis)</u>: akzeptiert nach Information der Prüfung der Kommunalaufsicht die fehlende Möglichkeit von Satzungsregelungen zu sozialen Befreiungen von der Abgabepflicht, erklärt grundsätzliches Einverständnis zum Satzungsentwurf</p>			